

Gesundheitsversorgung für Sans-Papiers in Genf: ein medizinischer und sozialer Ansatz

In Genf leben rund 12 000 Personen ohne geregelten Aufenthalt. Diese erhalten in den Hôpitaux universitaires de Genève (HUG) die notwendige medizinische und soziale Betreuung und Behandlung.

Text: Grégoire Humbert, Leiter Soziale Dienste, Heda Berisha, Sozialarbeiterin, Linda Keta, Sozialarbeiterin, Jessica Bonheure, Sozialarbeiterin, Indira Saballos, Sozialarbeiterin, HUG

Medizinische Konsultation für benachteiligte Menschen

Mit der Einführung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) 1996 wurde die Problematik des Zugangs zur Gesundheitsversorgung in der Schweiz umfassend gelöst. Die bis dahin bestehenden Zugangsbeschränkungen zu Gesundheitsfachpersonen und Medikamenten wurden aufgehoben, und es musste nur noch ein Versicherungsausweis vorgewiesen werden. Dies war ein grosser Fortschritt in der sozialen Sicherheit und stellte alle in der Schweiz lebenden Menschen gleich. Allerdings zeigte sich bald, dass es Personen gab, die nicht in vollem Umfang vom neu geschaffenen System profitieren konnten. Insbesondere Menschen in schwierigen sozialen Verhältnissen, die in der Illegalität lebten und nicht krankenversichert waren, blieb der Zugang zur Gesundheitsversorgung verwehrt.

Diese Feststellung veranlasste mehrere Akteur*innen aus dem Genfer Gesundheits- und Sozialwesen dazu, die politischen Behörden des Kantons einzuschalten. Daraufhin erhielten die HUG das Mandat, eine Pflegeabteilung für Menschen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung oder ohne Krankenversicherung einzurichten, für die sich der Zugang zur Gesundheitsversorgung schwierig gestaltet. So entstand die CAMSCO¹, die schweizweit erste mobile ambulante Gesundheitssprechstunde. Die Abteilung, die sich aus Ärzt*innen, Pflegefachpersonen und Sozialarbeiter*innen zusammensetzt, hat die Aufgabe, die Personen zu betreuen und sie bei Bedarf an die bestehenden Versorgungsstrukturen der HUG zu verweisen bzw. ihnen den Zugang zu diesen zu ermöglichen. Da die Zahl der in Genf lebenden Sans-Papiers stetig zunimmt, hat sich die CAMSCO zu einer multidisziplinären Sprechstunde entwickelt, die auf die Behandlung von Sans-Papiers spezialisiert ist.

Eine Antwort auf grundlegende soziale Bedürfnisse

Die Schaffung dieser neuen Versorgungsstruktur ermöglichte es, eine medizinische Lösung anzubieten. Um die Betreuung der nicht krankenversicherten Patient*innen im Spital zu begleiten, wurde ein Gatekeeping-Modell konzipiert, das auf den drei Ebenen Pflege, Ärzt*innenschaft und Sozialwesen angelegt ist. Die Aufgabe, die soziale und wirtschaft-

liche Situation der Patient*innen zu evaluieren, wurde dabei den Sozialarbeiter*innen zugeteilt.

Mit dem Ziel, die Betreuung dieser Patient*innen innerhalb der HUG möglichst zu vereinfachen, arbeiten die Sozialarbeiter*innen mit den Ärzt*innen, dem Pflegepersonal und den Verwaltungs- und Finanzdiensten der Institution zusammen. Neben der Beurteilung der Situation der Betroffenen legen die Sozialarbeiter*innen ausserdem den Umfang zur Finanzierung der Pflegeleistungen fest. In diesem Kontext ergibt sich für die Sozialarbeiter*innen die Gelegenheit, eine engere Zusammenarbeit mit den Patient*innen aufzubauen und ggf. auch auf nicht medizinische Grundbedürfnisse einzugehen (Unterkunft, Ernährung, soziale Eingliederung, finanzielle Unterstützung).

Ein Vertrauensklima schaffen

Die soziale Betreuung dieser Menschen geht mit der Entwicklung spezifischer Kompetenzen einher. Die tägliche Arbeit mit den Patient*innen erfordert gute Kenntnisse der migrationsbedingten Herausforderungen. Um eine reibungslose interkulturelle Kommunikation zu gewährleisten, müssen Sprachkenntnisse in Englisch, Spanisch, Portugiesisch oder anderen Sprachen vorhanden sein bzw. entwickelt werden.

Patient*innen, die im Verborgenen leben, haben oftmals Angst davor, bei den Behörden angezeigt zu werden. Umso wichtiger ist es, dass die Sozialarbeiter*innen ein Klima des Vertrauens schaffen. Besonderes Augenmerk muss dabei auf die verschiedenen Gesprächstechniken gelegt werden. Indem die Betreuung unter der ärztlichen Schweigepflicht und des Berufsgeheimnisses erfolgt und die Vertraulichkeit der Gespräche gewährleistet wird, erhalten die Patient*innen ein Gefühl der Sicherheit und können freier über ihren Migrationshintergrund, ihre familiäre Situation und ihre soziale Realität berichten. Bei der Beratung und Entscheidungsfindung müssen die vier ethischen Prinzipien der Gesundheitsversorgung beachtet werden: Respekt vor der Autonomie der Patient*innen, Handeln zum Wohle der Patient*innen, Schadensvermeidung und Gerechtigkeit.

Ein ganzheitlicher Ansatz

Bei der sozialen Intervention geht es auch darum zu beurteilen, in welcher Lage sich die Patient*innen ohne Krankenversicherung befinden. Daraus lässt sich ableiten, in welchem Umfang eine finanzielle Unterstützung möglich ist, wenn eine medizinische Versorgung in den HUG notwendig wird. Dabei werden zum Beispiel die krankheitsbedingten Einnahmen und Ausgaben sowie der spezifische Pflegebedarf thematisiert.

Des Weiteren kümmern sich die Sozialarbeiter*innen darum, dass der Besitzstand der Patient*innen während der gesamten stationären oder ambulanten Behandlung gewahrt bleibt. Die Aufrechterhaltung der sozialen Bindungen und das Wohlbefinden der Patient*innen sind Schwerpunkte, an denen sich die Sozialarbeiter*innen orientieren. Ohne die übliche soziale Absicherung kommt es häufig vor, dass die Betroffenen aufgrund ihrer gesundheitlichen Probleme und der Behandlungen, denen sie sich unterziehen müssen, ihre Arbeitsstelle(n) verlieren. In diesem Zusammenhang suchen die Sozialarbeiter*innen nach finanziellen Mitteln, um beispielsweise die Miete der Betroffenen zu übernehmen, damit diese nicht plötzlich auf der Strasse stehen.

Daneben unterstützen die Sozialarbeiter*innen die Adressat*innen auch bei gewissen administrativen Schritten. Beispiele hierfür sind der Abschluss einer Krankenversicherung (sofern es die finanzielle Situation der Betroffenen zulässt) oder die Beantragung von Kindergeld. Weiter schalten die Sozialarbeiter*innen das Netzwerk von Institutionen und Verbänden ein und verweisen die Betroffenen an Strukturen, die Dienstleistungen wie Sprachkurse oder Notunterkünfte anbieten. Schliesslich arbeiten die Sozialarbeiter*innen auch mit verschiedenen Rechtsdiensten zusammen, um eine mögliche Aufenthaltsbewilligung zu beantragen.

Marginalisierung verringern

Der prekäre rechtliche Status der Sans-Papiers in Genf hat zur Folge, dass die Sozialarbeiter*innen mit einer Vielzahl von Hindernissen konfrontiert sind, die ihr Handeln und ihre Angebote massiv einschränken. Ihre Handlungsfähigkeit wird durch gesetzliche oder administrative Vorgaben eingeschränkt, und es gestaltet sich für die Sozialarbeiter*innen schwierig, im Rahmen der vorhandenen Mittel und unter Beachtung der geltenden Gesetze und Vorschriften Hilfe und Unterstützung zu leisten.

Setzt man das Profil der Patient*innen mit der sozialen Antwort in Beziehung, erkennt man, wie ungenügend diese in Bezug auf die effektiven Bedürfnisse dieser Menschen ist. Wenn man bedenkt, wie viele Sans-Papiers in Genf leben, scheinen die zur Verfügung gestellten Ressourcen mehr als ungenügend zu sein. Es wäre von grundlegender Bedeutung, dass die Sozialdienste, seien sie institutionell oder assoziativ, in der Lage sind, sich um die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu kümmern. Denn wenn sich Versorgungsstrukturen wie die CAMSCO auf den Gesundheitszustand dieser Zielgruppen konzentrieren, wirkt sich dies auch auf Faktoren aus, die den sozialen Zusammenhalt fördern, indem sie sozialen Ungleichheiten und Marginalisierung entgegenwirken. •

Fussnote

1. CAMSCO: consultation ambulatoire mobile de soins communautaires; zu Deutsch: mobile ambulante Beratung für Gemeindepflege.

